



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Umwelt, Energie und  
Sauberkeit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 24.01.2019

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit  
am Dienstag, 29. Januar 2019, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.11.2018**

2. **19-A-51-0001**

Vorstellung des Klimaschutzbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden durch den Vorsitzenden  
Herrn Dirk Vielmeyer

3. **19-F-20-0001**

Auswirkungen des neuen Verpackungsgesetzes auf Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2019 -

Zum ersten Januar 2019 ist das neue Verpackungsgesetz an die Stelle der bisherigen Verpackungsverordnung getreten. Das Gesetz war nicht zuletzt dadurch erforderlich geworden, dass die bisherigen Regelungen, welche unter Beteiligung des Dualen Systems Deutschland (DSD) für eine höhere Recyclingquote sorgen und gleichzeitig Anreize steigern sollte, den Anteil an Verpackungen zu verringern, spätestens mit der fortgeschrittenen Deregulierung deutlich an Wirkung eingebüßt hat.

Mit dem neuen Gesetz bleiben Hersteller von Verpackungen verpflichtet, einen finanziellen Anteil an den Entsorgungskosten zu tragen, jedoch unter Zuhilfenahme eines zentralen Melderegisters, in welches Art und Umfang von Verpackungen bilanziert gemeldet werden müssen. Die vorgeschriebenen Recyclingquoten sollen bis zum Jahr 2024 schrittweise von 36 auf 63% angehoben werden. Zu diesem Zweck wird insbesondere Plastikmüll künftig in Kategorien zu unterteilen sein, welche sich nach Eignung zum Recycling ergeben. Diese gesetzliche Regelung folgt mit der Absicht, auch die Müllmenge insgesamt zu reduzieren, ebenfalls der generellen Entwicklung in der Europäischen Union, obschon hinterfragt werden kann, ob dieses auch ausreichend Anreize setzt, das Aufkommen von Müll insgesamt zu reduzieren. So rechnet die Deutsche Umwelthilfe (DUH) etwa damit, dass auch weiterhin ein erheblicher Anteil an Kunststoffverpackungen in thermischen Verwertungsanlagen entsorgt werden muss. In welchem Anteil dies sein wird, ist derzeit noch unklar, insbesondere mit Hinblick auf die in Wiesbaden betriebene Errichtung einer Müllverbrennungsanlage ist die Marktlage jedoch sowohl in Hinblick auf die Erforderlichkeit als auch auf die Frage, ob eine solche Anlage wirtschaftlich zu betreiben sein wird, durch dieses neue Gesetz sicherlich berührt.

Der Ausschuss wolle daher beschließen

Der Magistrat wird gebeten,

1. dem Ausschuss zu berichten, welche wesentlichen Regelungen das neue Verpackungsgesetz vorsieht,
2. hierbei insbesondere die Frage zu erörtern, ob mit der neuen gesetzlichen Regelung eine generelle Lenkungswirkung zur Menge des Abfallaufkommens und zu dessen Zusammensetzung zu erwarten sein wird,
3. eine Einschätzung vorzunehmen, welche Konsequenzen sich hieraus für das Müllaufkommen in Wiesbaden ergeben könnte,
4. welche Maßnahmen geeignet und geplant sind, um die neue gesetzlich vorgegebenen Recyclingquoten zu erreichen,
5. ob die geplante Müllverbrennungsanlage im Einklang mit den vorgegebenen Mengenregelungen wie bisher geplant zu betreiben sein wird, sowie darüber hinaus zu berichten, ob und in welcher Form diese Regelungen Auswirkungen auf die Entsorgungslogistik der ELW und die für die Entsorgung erforderliche Gebührenhöhe haben könnte.

#### 4. 19-F-21-0006

Erscheinungsbild öffentlicher Flächen und Bauwerke

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2019 -

An zahlreichen Stellen in Wiesbaden befinden sich öffentliche Flächen und Bauwerke durch Vandalismus, Verunreinigungen und Farbschmierereien in einem unansehnlichen Zustand. Dies betrifft beispielsweise die Wandelhalle in der Herbert-Anlage (siehe auch Bericht im Wiesbadener Kurier vom 02. November 2018), die Unterführung am Moltkering oder die hinteren Kurpark-Anlagen.

Über die Beeinträchtigungen des Erscheinungsbildes hinaus führen solche Verunreinigungen etc., wenn sie nicht behoben werden, häufig zu weiterer Verwahrlosung und Vandalismus an den betroffenen Stellen. Ein unattraktives Erscheinungsbild beeinträchtigt nicht nur Aufenthaltsqualität und Wohlbefinden der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Standortqualität für Gewerbe und Einzelhandel sowie die touristische Attraktivität der Stadt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche neuralgischen Punkte ihm bekannt sind, an denen es derzeit Vandalismusschäden gibt bzw. an denen regelmäßig derartige Schäden auftreten, und welche konkreten Schäden und Verunreinigungen derzeit vorliegen;
2. welche Maßnahmen von wem in welchen Intervallen ergriffen werden, um den Zustand dieser Flächen und Bauwerke zu kontrollieren sowie um solche Beschädigungen und Verunreinigungen zu verhindern bzw. zu beseitigen;
3. wann und wie er derzeit bestehende Beschädigungen und Verunreinigungen beheben möchte;
4. welchen Zusammenhang er zwischen dem optischen Erscheinungsbild und der Attraktivität der Stadt hinsichtlich der Aufenthaltsqualität, für Gewerbe, Einzelhandel und Tourismus sieht;
5. welche Erfahrungen die Stadt Koblenz mit dem auch in Wiesbaden bereits wiederholt diskutierten „Koblenzer Modell“ zum Kampf gegen Farbschmierereien gemacht hat.

## 5. 19-F-21-0001

Mistelbefall an Streuobst- und Stadtbäumen

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.01.2019 -

Der zunehmende Mistelbefall stellt auch in Wiesbaden mittlerweile eine große Bedrohung insbesondere für die Obstbäume auf Streuobstwiesen dar. Die Halbschmarotzerpflanze entzieht den Wirtsbäumen Wasser und Nährstoffe und kann damit zumindest bei Vorschädigung zum Absterben ganzer Bestände führen. Besonders betroffen sind langjährig ungepflegte Streuobstflächen. Der Verein Naturefund führt auf befallenen Streuobstwiesen regelmäßig Mistel-Bekämpfungskaktionen durch.

Auch viele Stadtbäume, unter anderem im Bereich des Kurparks und des RMCC, sind von Misteln befallen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie sieht der Pflegezustand der städtischen Streuobstwiesen im Allgemeinen und im Besonderen hinsichtlich des Befalls mit Misteln aus? Werden die Misteln in befallenen Beständen gezielt bekämpft und falls ja mit welchen Maßnahmen?
2. Gibt es rechtlich zulässige Möglichkeiten, eine Mistelbekämpfung auch auf privaten Flächen ohne ausdrückliche Zustimmung des Eigentümers durchzuführen, um der weiteren Ausbreitung Einhalt zu gebieten?

3. In welchem Umfang bzw. in welchen Bereichen sind Stadtbäume verstärkt von Misteln befallen? Welche Gegenmaßnahmen werden hier ergriffen?

4. Können private Initiativen zur Bekämpfung des Mistelbefalls wie beispielsweise die Aktionen des Vereins Naturefund seitens der Stadt unterstützt werden und falls ja in welcher Form?

## 6. 18-F-05-0058

Regionalplanung Windkraft

- Antrag der FDP-Fraktion vom 27.11.2018 für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 27. November 2018 -

Die überraschende Entscheidung des Regierungspräsidiums Darmstadt, den Taunuskamm im neuesten Entwurf des Teilregionalplans für erneuerbare Energien in Südhessen als Vorranggebiet für Windkraft auszuweisen, hat in der Region für Unmut gesorgt. Der Berichterstattung war zu entnehmen, dass einige Akteure, darunter die Stadt Taunusstein und die Initiative „Rettet den Taunuskamm“ rechtliche Schritte angekündigt haben. Im Fokus steht dabei u.a. das Votum des Landesdenkmalamtes vom Mai 2014, in dem Windräder auf dem Taunuskamm abgelehnt werden. Im Raum steht der Vorwurf, dass die Stellungnahme der Denkmalschutzbehörde nun falsch wiedergegeben wird. Diese und andere Einwände, insbesondere auch des Trinkwasserschutzes, wurden noch im Jahr 2016 vom Regierungspräsidium angeführt, um den von der ESWE Taunuswind GmbH geplanten Windpark die Genehmigung zu versagen. Die Behörde verteidigt ihre Entscheidung aktuell in einem Gerichtsverfahren. Die nunmehr erfolgte Kehrtwende erscheint daher schwer nachvollziehbar.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

- I. Der Ausschuss fordert die Verantwortlichen im Regierungspräsidium sowie die Mitglieder der Regionalversammlung auf, die besondere Bedeutung des Taunuskamms für den Denkmal- und Trinkwasserschutz im Sinne der vorliegenden Stellungnahmen zu berücksichtigen.
- II. Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:
  - 1) Ob er Kenntnis über eine unvollständige oder unrichtige Wiedergabe von Stellungnahmen Wiesbadener Ämter im Rahmen des Teilregionalplans Erneuerbare Energien Südhessen hat.
  - 2) Sofern dem Magistrat unrichtige oder unvollständige Wiedergaben bekannt sind, was er gedenkt, im Vorfeld der Abstimmung in der Regionalversammlung zu tun.
  - 3) Sofern dem Magistrat unrichtige oder unvollständige Wiedergaben bekannt sind, ob diese sich auf das laufende Verfahren der ESWE Taunuswind GmbH oder auf Vorhaben dritter Bauträger auswirken.
  - 4) Mit welchen Auswirkungen auf eine mögliche Biosphärenregion Rheingau-Taunus-Wiesbaden rechnet der Magistrat, falls die Teilplanung in der gegenwärtigen Fassung beschlossen wird? Kann eine so verabschiedete Teilplanung Auswirkungen für die zukünftige Auswahl von Kernzonen für eine Biosphärenregion haben?

**7. 19-F-08-0005**

Zwischenergebnisse Klimagutachten, Artenschutzgutachten und Verkehrsgutachten zum Projekt Ostfeld/Kalkofen

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 23.01.2019 -

In der „Informationsveranstaltung zum Vorzugsszenario Ostfeld Fokus Umwelt“ am 30. Januar 2019 werden laut Einladung die bislang vorliegenden Gutachten und Zwischenergebnisse eines Klimagutachtens, eines Artenschutzgutachtens und eines Verkehrsgutachtens vorgestellt.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit wolle beschließen:

Der Magistrat möge die bislang vorliegenden Gutachten zum Projekt Ostfeld/Kalkofen umgehend allen Stadtverordneten zur Verfügung stellen sowie aufgrund des großen Interesses der Stadtgesellschaft auf PIWi online veröffentlichen.

**8. 19-V-36-0001**

**DL 03/19-7**

Fachgutachten "Freizeit und Erholung" als Teiluntersuchung zum Landschaftsplan

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.01.2019 -

**8.1 18-F-21-0017**

**ANLAGE**

Sachstand Fortschreibung Landschaftsplan

- Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 19 vom 27.02.2018 -

**9. 19-F-05-0003**

Luftfilteranlagen gegen Feinstaub und Stickoxide

- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.01.2019 -

Wie die „Kieler Nachrichten“ und das „Handelsblatt“ vor kurzem berichteten (11.01.2019), testet die Landeshauptstadt Kiel derzeit sogenannte Stadtluftreiniger der Firma Purevento, um Fahrverbote auf wichtigen Verkehrsachsen zu verhindern. Die Luftfilter in der Größe eines Kleinbusses sollen Feinstäube sowie schädliches Stickoxid aus der Luft saugen und ungefähr 80.000 Euro kosten. Ziel des Modellversuches ist es, die Stickoxide um mindestens zehn Prozent zu reduzieren, indem zum einen ein großer Teil der Luft direkt gereinigt und zum anderen die umliegende Luft durch die gesäuberte Luft entsprechend verdünnt wird.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) mit den zuständigen Stellen bei der Stadt Kiel, dem schleswig-holsteinischen Umweltministerium und der Firma Purevento in Kontakt zu treten, um sich über den Ausgang des Modellversuchs unterrichten zu lassen.
- 2) dem Ausschuss zeitnah die Ergebnisse zu präsentieren sowie
- 3) zu prüfen, ob die Filteranlagen kurzfristig in den Maßnahmenkatalogs der LHW gegen ein mögliches Dieselfahrverbot aufgenommen werden können.

## 10. 19-F-33-0001

Fahrbahnreinigung in Straßen mit „Protected Bike Lanes“

- Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 23.01.2019 -

Seit einigen Wochen werden in Wiesbaden geschützte Radfahrstreifen, so genannte „Protected Bike Lanes“, erprobt. Durch auf der Fahrbahn montierte bauliche Trenn-Elemente aus Kunststoff werden Fahrradstreifen und Fahrbahn voneinander getrennt. Dadurch soll die Sicherheit der Fahrradfahrer erhöht werden. Eine verkehrstechnische Überprüfung dieser Maßnahme erfolgt nach Abschluss der Erprobungsphase. Jenseits der verkehrlichen Fragen wirft die Einrichtung von „Protected Bike Lanes“ indes bereits jetzt auch praktische Fragen im Zusammenhang mit der regelmäßigen Reinigung der Fahrbahnen bzw. Fahrstreifen durch die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) auf.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Auswirkungen die Einrichtung von „Protected Bike Lanes“ auf die regelmäßige Straßenreinigung, insbesondere mit Klein- und Großkehrmaschinen, an den betroffenen Stellen hat;
2. ob für die regelmäßige Straßenreinigung an den betroffenen Stellen durch die Einrichtung von „Protected Bike Lanes“ ein zeitlicher und/oder finanzieller Mehraufwand entstanden ist und gegebenenfalls in welchem Ausmaß bzw. in welcher Höhe;
3. wie ein solcher Mehraufwand finanziert wird bzw. welche Haushaltsmittel hierfür herangezogen werden und ob für die kommenden Jahre hierdurch mit einem finanziellen Mehraufwand für die Straßenreinigung zu rechnen ist;
4. ob bzw. inwiefern die Einrichtung von „Protected Bike Lanes“ im Allgemeinen bzw. die konkrete Auswahl einzelner Straßenabschnitte vor der Installation der baulichen Trenn-Elemente mit den Entsorgungsbetrieben der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) abgesprochen wurde;
5. ob Vorkehrungen getroffen wurden, um eine reibungslose regelmäßige Straßenreinigung an den betroffenen Stellen sicherzustellen, und welche Vorkehrungen das sind;
6. ob durch Maßnahmen der Straßenreinigung bereits installierte Trenn-Elemente beschädigt wurden und ggf. wie viele bzw. in welchem Ausmaß.

## 11. 19-F-08-0006

Gefährdung durch krebserregende Mineralfasern im öffentlichen Raum

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 23.01.2019 -

Auf dem Kostheimer Linde-Gelände am Floßhafen liegen laut Pressebericht vom 8.1.2019 „seit Wochen“ hunderte von Plastiksäcken mit Glaswolle und anderen krebserregenden Mineralfasern, die beim Abbruch des Linde-Werks angefallen sind.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Sind die Abfallsäcke mit dem gesundheitsschädigenden Inhalt mittlerweile abtransportiert und fachgerecht entsorgt worden?
2. Werden die Abbrucharbeiten durch Begleitmessungen auf die Freisetzung von gesundheitsgefährdenden Fasern oder anderer gesundheitsschädigender Substanzen überwacht?
3. Wurde und wird auch der Abtransport der Abfallsäcke messtechnisch kontrolliert?
4. Welche Ergebnisse hatten diese Messungen?

## 12. 19-F-08-0007

Zustand der Gehwege im Waldfriedhof Dotzheim

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 23.01.2019 -

Laut dem Internetportal „Wiesbaden barrierefrei“ soll der Zugang zum Waldfriedhof Dotzheim barrierefrei sein. Allerdings befindet sich der Belag der Gehwege zum Teil in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand. Insbesondere für gehbehinderte Besucherinnen und Besucher des Friedhofs besteht ein erhöhtes Unfallrisiko. Bei der Stadt liegt die Verkehrssicherungspflicht für die Friedhofswege.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Ist dem Magistrat der Zustand der Gehwege im Waldfriedhof Dotzheim bekannt?
2. Wenn ja: Ist geplant, die Gehwege in absehbarer Zeit zu sanieren?
3. Wenn ja: Wann ist mit einer Sanierung zu rechnen?
4. Welche Wege auf anderen Friedhöfen bedürfen aktuell oder in absehbarer Zeit (2019, 2020/21) ebenfalls einer Sanierung?
5. Sind hierfür Mittel im Budget vorgesehen bzw. werden für den Haushaltsplan 2020/21 angemeldet? Wie hoch sind die hierfür vorgesehen Beträge jeweils?

**13. 18-F-20-0007 ANLAGE**

Müllmenge in Wiesbaden reduzieren - Sachstand

- Bericht des Dezernates IV vom 19.12.2018 -

**14. 18-V-36-0018 DL 37/18-3, 36/18-4, ANLAGE**

Müllverbrennungsanlage: Gutachten des Öko-Instituts e.V.

Sachstandsbericht zu Ziffer 2 des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Nr. 382 vom 06.09.2018

**15. Aktueller Sachstand zu offenen Beschlüssen**

**15.1 17-F-21-0028 ANLAGE**

Nachpflanzung von Stadtbäumen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 -

**15.2 17-F-21-0030 ANLAGE**

Förderung von Streuobst-, Artenschutz und Biotoppflegemaßnahmen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 -

**15.3 17-F-21-0063 ANLAGE**

Klimaschutz und Energie - Bündelung der Ressourcen

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2017 -

**15.4 17-F-21-0076 ANLAGE**

Artenvielfalt in Wiesbaden - Bericht zur Bedeutung des Wellritztals

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90 /DIE GRÜNEN vom 15.08.2017 -

**15.5 18-F-08-0029 ANLAGE**

Regionale Zusammenarbeit bei der Müllentsorgung

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 29.05.2018 -

**16. 18-V-61-0046 DL 01/19-5**



Bebauungsplan "Dotzheim - Mitte 1. Änderung" im Ortsbezirk Dotzheim Änderungsbeschluss

## 17. Verschiedenes

### Tagesordnung II

1. **18-J-42-0015** **ANLAGE**  
Antrag "PCB-Untersuchungen"  
- Bericht des Dezernates IV vom 13.12.2018 -
  
2. **18-V-04-0010** **DL 01/19-1**  
Bericht zum Platz der deutschen Einheit
  
3. **18-V-05-0023** **DL 03/19-2**  
Bereitstellung der Infrastruktur für den emissionsfreien ÖPNV  
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.01.2019 -
  
4. **18-V-36-0023** **ANLAGE**  
**(Anlagen zur Sitzungsvorlage, NÖ nur für Ausschussmitglieder)**  
Verteilung der Mittel aus der Tronc-Abgabe für den Bereich Umwelt 2018
  
5. **19-V-01-0001** **DL 03/19-5**  
Budgeterweiterung Ostfeld/Kalkofen: Vergabe von Gutachten, Planungsleistungen, Veranstaltungen und juristische Beratung  
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.01.2019 -
  
6. **19-V-04-0001** **DL 02/19-5**  
Städtebauliche Entwicklung östlich der Brunhildenstraße  
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.01.2019 -
  
7. **19-V-05-0002** **DL 03/19-6**

Projekt Ostfeld/Kalkofen: Machbarkeitsstudie für eine leistungsfähige ÖPNV-Erschließung

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.01.2019 -

8. 19-V-61-0005 DL 02/19-8

Gestaltung und Nutzung des Sedanplatzes, Vorentwurf

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.01.2019 -

9. 19-V-67-0001 DL 02/19-9

Anpassung der Änderungssatzung zur Friedhofssatzung und Gebührenordnung

### Tagesordnung III (Nicht öffentliche Tagesordnung)

1. 18-V-36-0033 DL 01/19-3 NÖ

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 29.11.2018

2. 19-V-36-0002 DL 02/19-2 NÖ

Nachtrag zur Niederschrift der nicht-öffentlichen Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 29.11.2018

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.01.2019 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen  
Vorsitzender